

# Ein Unterstützungszoll für die Ukraine: Wie Europa die Ukraine unterstützen und Russland ökonomisch schwächen kann

Julian Hinz, Moritz Schularick

Nr. 212, ISSN 2195-7525  
Kiel Institut für Weltwirtschaft

# Überblick/Overview

- Ein "Ukraine-Unterstützungszoll" auf den verbleibenden EU-Russland-Handel von knapp €60 Mrd. pro Jahr könnte bei Zollsätzen von 30–50% jährlich €6–16 Mrd. (partiell Gleichgewicht) bzw. €3–11 Mrd. (allgemeines Gleichgewicht) erbringen—mehr als die €3 Mrd. aus den Zinserträgen eingefrorener russischer Vermögenswerte.
- Allgemeine Gleichgewichtssimulationen zeigen asymmetrische Kosten: Russlands-Wertschöpfung sinkt erheblich; das Instrument ist als langfristiges Druckmittel tragfähig. Handelsumlenkung nach China bleibt begrenzt. Extreme Sätze (300%+) sind kontraproduktiv.
- In diesem Papier analysieren wir ein kombiniertes Paket aus Importzöllen und Exportabgaben auf den verbleibenden EU–Russland-Handel. Institutionell ist die Importseite unter dem EU-Handelsrecht unkomplizierter, während die Exportseite rechtlich anspruchsvoller ist und voraussichtlich eine eigene rechtliche Ausgestaltung erfordert. An der ökonomischen Logik des kombinierten Vorschlags ändert diese Asymmetrie nichts – wohl aber an der Umsetzung.

**Schlüsselwörter:** Ukraine-Unterstützungszoll, EU–Russland-Handel, Zolleinnahmen, Laffer-Kurve, Allgemeines Gleichgewicht

- A "Ukraine Support Tariff" on the remaining €57.2 billion in EU–Russia trade could generate €6–16 billion per year at moderate rates of 30–50% (partial equilibrium) and €3–11 billion (general equilibrium)—exceeding the €3 billion from frozen Russian asset interest income.
- General equilibrium simulations confirm that Europe has asymmetric leverage over Russia: Russia's value added falls 3–4 times more than the EU's, making the tariff sustainable as long-term leverage. Trade diversion to China is modest. Extreme tariff rates (300%+) are counterproductive, as long-run revenue falls to near zero.
- Economically, we analyse a combined import tariff and export-side levy on remaining EU–Russia trade. Institutionally, the import leg is more straightforward under EU trade law, while the export leg is less straightforward and would likely require a distinct legal route. That asymmetry matters for implementation, but not for the economic logic of the combined proposal.

**Keywords:** Ukraine Support Tariff, EU–Russia Trade, Tariff Revenue, Laffer Curve, General Equilibrium

# Autoren

**Prof. Dr. Julian Hinz**  
Universität Bielefeld und Kiel Institut  
[julian.hinz@kielinstitut.de](mailto:julian.hinz@kielinstitut.de)

**Prof. Dr. Moritz Schularick**  
Kiel Institut  
[moritz.schularick@kielinstitut.de](mailto:moritz.schularick@kielinstitut.de)

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren, nicht beim Institut.  
Etwaige Kommentare sollten direkt an den entsprechenden Autor gerichtet werden.

# 1 Einleitung

Trotz zwanzig seit 2022 verabschiedeten Sanktionspaketen<sup>1</sup> — und einem 21. Paket, das in Vorbereitung ist und insbesondere die Schattenflotte ins Visier nimmt (Kyiv Post, 2026a) — findet weiterhin erheblicher bilateraler Handel zwischen der EU und Russland statt. 2025 beliefen sich die EU-Importe aus Russland auf €27,2 Mrd. und die EU-Exporte nach Russland auf €30,0 Mrd. — zusammen €57,2 Mrd. an bilateralem Güterhandel.<sup>2</sup> Obwohl dies einem Rückgang von rund 78 % gegenüber dem Vorkriegsniveau entspricht, ist das verbleibende Volumen keineswegs unerheblich und trägt weiterhin zur Finanzierung von Russlands Kriegsführung bei. Die verbleibenden €57,2 Mrd. Handelsvolumen sind eine ungenutzte Einnahmequelle – und ein potenzielles Druckmittel, das Europa bislang nicht ausschöpft.

Der „Ukraine-Unterstützungszoll“ wird hier definiert als eine kombinierte Handelsmaßnahme: Zölle auf EU-Importe aus Russland in Verbindung mit einer Exportabgabe auf EU-Lieferungen nach Russland.<sup>3</sup> Ökonomisch verbreitert die Kombination beider Instrumente die Einnahmehasis der EU und verstärkt den ökonomischen Druck auf Russland. Die vorliegende Analyse quantifiziert das Einnahmepotenzial einer solchen kombinierten Maßnahme. Ein hoher Zollsatz von 90 % könnte in der Anfangsphase jährlich bis zu 12 Mrd. Euro an Einnahmen erzielen. Ein moderaterer Zollsatz von 45 % würde in den ersten Jahren immer noch knapp 7 Mrd. Euro einbringen.<sup>4</sup> Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Zolls wären stark asymmetrisch und gäben der EU erhebliches geoökonomisches Druckpotenzial: Die wirtschaftlichen Kosten für Russland wären 3- bis 4-mal höher als für Europa und würden die russische Wirtschaft erheblich belasten.

Der Ukraine-Unterstützungszoll verfolgt mehrere Ziele. Erstens würde er Einnahmen erzielen, um die militärische Verteidigung, den Wiederaufbau und die humanitäre Hilfe für die Ukraine zu finanzieren und bestehende Zusagen zu ergänzen — einschließlich der Nutzung außerordentlicher Erträge aus immobilisierten russischen Staatsvermögen (European Commission, 2024). Zweitens würde der Zoll Russland zusätzliche wirtschaftliche Kosten auferlegen und damit Russlands Ressourcen zur Fortsetzung des Angriffskriegs weiter schmälern. Drittens gibt der Zoll Europa ein flexibles Druckinstrument: Der Satz lässt sich erhöhen, um den Druck zu verstärken, und im Rahmen einer Verhandlungslösung wieder senken.

---

<sup>1</sup>Zuletzt das 20. Paket vom 23. April 2026 (Council of the European Union, 2026).

<sup>2</sup>Eigene Berechnungen auf Basis von Eurostat-COMEXT-Daten, Gesamtjahr 2025 (Eurostat, 2025). Die Länderseite der EU-Kommission berichtet für 2025 €58,1 Mrd. Güterhandel (€27,9 Mrd. Importe, €30,2 Mrd. Exporte) und zusätzlich €9,6 Mrd. Dienstleistungshandel (European Commission, 2026); die geringe Abweichung ist auf Extraktions- und Abdeckungsunterschiede zurückzuführen und ändert die ökonomische Aussage nicht. Wir beziehen uns durchgehend auf den Güterhandel.

<sup>3</sup>Diese Kurzanalyse ist ein wirtschaftspolitischer Vorschlag, kein abschließendes Rechtsgutachten. Für die ökonomische Analyse untersuchen wir eine kombinierte Maßnahme auf Importe aus und Exporte nach Russland. Rechtlich sind die beiden Komponenten asymmetrisch: Ein russlandspezifischer Importzoll lässt sich leichter auf bestehendes EU-Handelsrecht stützen, während eine Exportabgabe eine eigene rechtliche Ausgestaltung erfordert.

<sup>4</sup>Um ausreichende Einnahmen zu erzielen, muss der Zollsatz nicht prohibitiv hoch gesetzt werden. Jüngste Vorschläge für extreme Sätze — etwa ein 500 %-Zoll, wie im US-Senat vorgeschlagen (Associated Press, 2025) — würden die Handelsströme komplett versiegen lassen und bringen keine Einnahmen. Wie unsere Analyse zeigt, fallen die langfristigen Einnahmen (allgemeines Gleichgewicht) bei Zollsätzen von 300 % und darüber auf nahezu null.

Wir stützen uns auf zwei komplementäre Methoden, um die Auswirkungen des Unterstützungszolls abzuschätzen. Erstens berechnet eine partialanalytische Analyse Laffer-Kurven über eine Bandbreite von Zollsätzen und Handelselastizitäten und liefert transparente obere Schätzwerten (auf Basis der neuesten Eurostat-COMEXT-Handelsdaten). Zweitens erfasst eine allgemeine Gleichgewichtsanalyse mit dem KITE-Modell (Hinz et al., 2025) Sekundäreffekte — Terms-of-Trade-Anpassungen, Input-Output-Verflechtungen und Handelsumlenkung über Drittländer.<sup>5</sup> Unser zentrales Ergebnis ist, dass Zollsätze von 30–50 % erhebliche Einnahmen erzielen — €6–16 Mrd. (PE) und €3–11 Mrd. (GE) jährlich — bei asymmetrischen Kosten: Russlands reale Wertschöpfung sinkt 3- bis 4-mal stärker als die der EU, was den Zoll als langfristiges Instrument wirtschaftlichen Drucks tragfähig macht.

Die Zollinzidenz ist nicht der zentrale Wirkungskanal, über den die Maßnahme Russland schwächt. Hinz et al. (2026) zeigen, dass 96 % der Last der US-Zölle auf die inländischen Importeure entfallen, und dieselbe Logik der statutarischen Inzidenz wäre auch hier zu erwarten. Russland wird jedoch nicht primär über die Zollzahlung getroffen, sondern über sinkende bilaterale Handelsvolumina, geringeren Marktzugang zur EU und zu EU-Vorleistungen, eine niedrigere reale Wertschöpfung im allgemeinen Gleichgewicht sowie die Umlenkung der Einnahmen aus fortbestehendem Russland-Handel in die Verteidigung und den Wiederaufbau der Ukraine. Soweit die statutarische Last bei EU-Unternehmen und -Verbrauchern verbleibt, gilt: Vier Jahre nach dem ursprünglichen Schock handeln diejenigen, die 2026 weiterhin mit Russland Geschäfte machen, aus bewusster geschäftlicher Entscheidung; der Zoll legt die Kosten dieser Entscheidung offen. Anders als US-Zölle auf verbündete oder neutrale Partner richtet sich die Maßnahme gegen den Handel mit einem Aggressorstaat.

Der Vorschlag ergänzt die laufenden Bemühungen, den wirtschaftlichen Druck auf Russland zu verschärfen. Der Rat hat am 23. April 2026 das 20. Sanktionspaket verabschiedet, das Energielöse, Schattenflotte, Finanzdienstleistungen, Krypto und Drittstaaten-Umgehung ins Visier nimmt (Council of the European Union, 2026); ein 21. Paket ist laut Berichten in Vorbereitung und zielt insbesondere auf die Verteidigung des russischen Ölpreisdeckels und eine Verschärfung des Schattenflottenregimes (Kyiv Post, 2026a). Parallel scheiterte Ende Mai 2026 der Vorschlag von NATO-Generalsekretär Rutte, 0,25 % des BIP der Alliierten für die Ukraine zu binden, am Widerstand mehrerer großer Bündnispartner (Kyiv Post, 2026b). Anders als Sanktionen, die den Handel einschränken, ohne Einnahmen zu erzeugen, und anders als freiwillige Beiträge, die von den Haushalten der Mitgliedstaaten abhängen, verwandelt ein Ukraine-Unterstützungszoll den verbleibenden Handel selbst in eine Einnahmequelle — eine selbstfinanzierende Ergänzung zum bestehenden Instrumentenkasten.

---

<sup>5</sup>Die PE-Analyse verwendet Euro-Werte aus Eurostat-COMEXT-Daten 2025. Die GE-Analyse basiert auf dem in US-Dollar kalibrierten OECD-ICIO-Rahmenwerk 2022, aktualisiert mit bilateralen Handelsanteilen 2024/2025 aus COMEXT und BACI; Einnahmewerte sind zu 1 EUR = 1,08 USD von USD in Euro umgerechnet, sodass PE- und GE-Schätzungen direkt vergleichbar sind.

## 2 Der EU–Russland-Handel 2025

Vier Jahre nach dem Beginn von Russlands Vollinvasion und trotz zwanzig verabschiedeter Sanktionspakete – zuletzt das 20. Paket vom 23. April 2026 (Council of the European Union, 2026), ein 21. Paket laut Berichten in Vorbereitung – bestehen zwischen der EU und Russland weiterhin erhebliche Handelsbeziehungen. Anhand der neuesten Eurostat-COMEXT-Daten für das Gesamtjahr 2025 dokumentieren wir Umfang und Zusammensetzung der verbleibenden Handelsströme (Eurostat, 2025).

**Aggregierte Handelsvolumina.** Der gesamte Güterhandel zwischen EU und Russland belief sich 2025 auf €57,2 Mrd., bestehend aus €27,2 Mrd. EU-Importen aus Russland und €30,0 Mrd. EU-Exporten nach Russland. Die Handelsbilanz hat sich im Vergleich zur Vorkriegszeit deutlich verschoben: Vor der Invasion wies die EU ein großes Defizit gegenüber Russland auf, bedingt durch hohe Energieimporte. Bis 2025 ist die Beziehung annähernd ausgeglichen, was sowohl den drastischen Rückgang russischer Energielieferungen nach Europa als auch fortgesetzte europäische Exporte von Maschinen, Chemikalien und Industriegütern widerspiegelt. Direkte EU-Exporte nach Russland bleiben substanziell; daneben können EU-Güter Russland auch indirekt über Drittländer wie die Türkei, Kasachstan oder die VAE erreichen, doch solche Ströme liegen außerhalb der direkten EU–Russland-Zollbasis und erfordern eine wirksame Anti-Umgehungs-Durchsetzung.<sup>6</sup>

**Importzusammensetzung.** Die EU-Importe aus Russland werden weiterhin von mineralischen Produkten dominiert (HS-Abschnitt V: €17,7 Mrd.), vor allem Rest-Lieferungen von Gas und Öl, von denen sich einige Mitgliedstaaten nur zögerlich lösen. Russische Importe im Bereich Kernenergie bleiben eine eigenständige energiepolitische Frage und fallen nicht unter HS-Abschnitt V. Unedle Metalle (Abschnitt XV: €4,4 Mrd.) und Chemikalien (Abschnitt VI: €3,0 Mrd.) bilden die nächstgrößten Kategorien.

**Exportzusammensetzung.** Die EU-Exporte nach Russland sind stärker diversifiziert. Chemische Erzeugnisse und verwandte Produkte (Abschnitt VI: €14,6 Mrd.) stellen die größte Kategorie dar, gefolgt von Nahrungsmittelzubereitungen, Getränken und Tabak (Abschnitt IV: €4,2 Mrd.) sowie Maschinen und mechanischen Geräten (Abschnitt XVI: €2,6 Mrd.). Fahrzeuge und Beförderungsmittel (Abschnitt XVII: €2,3 Mrd.) und Textilien (Abschnitt XI: €1,5 Mrd.) zählen ebenfalls zu den wichtigsten Exportkategorien.

---

<sup>6</sup>Eine Ausweitung des Anwendungsbereichs von der EU auf die Nicht-EU-NATO-Volkswirtschaften (Kanada, Island, Türkei, Vereinigtes Königreich und USA) verdoppelt die Bemessungsgrundlage nahezu: Diese Länder meldeten 2025 zusätzliche rund €50 Mrd. bilateralen Warenhandel mit Russland, davon rund €45 Mrd. allein die Türkei — geprägt vor allem durch türkische Öl- und Gasimporte aus Russland (UN Comtrade, Gesamtjahr 2025, Partner Russland). Die zentrale Analyse bleibt dennoch bei der EU-Basis, da die EU über die unmittelbare Rechtskompetenz verfügt; die Abschnitte 3 und 4 berichten kurz, wie sich die PE- und GE-Ergebnisse auf eine hypothetische koordinierte Koalition mit derselben Handelsbasis wie die NATO skalieren. Die NATO ist selbst weder Zollunion noch handelsrechtliche Jurisdiktion; es handelt sich rein um einen Größenordnungsvergleich, der nach der Blockade des Rutte-Vorschlags zu 0,25% des BIP für die Ukraine Ende Mai 2026 zusätzliche Brisanz erhalten hat (Kyiv Post, 2026b).

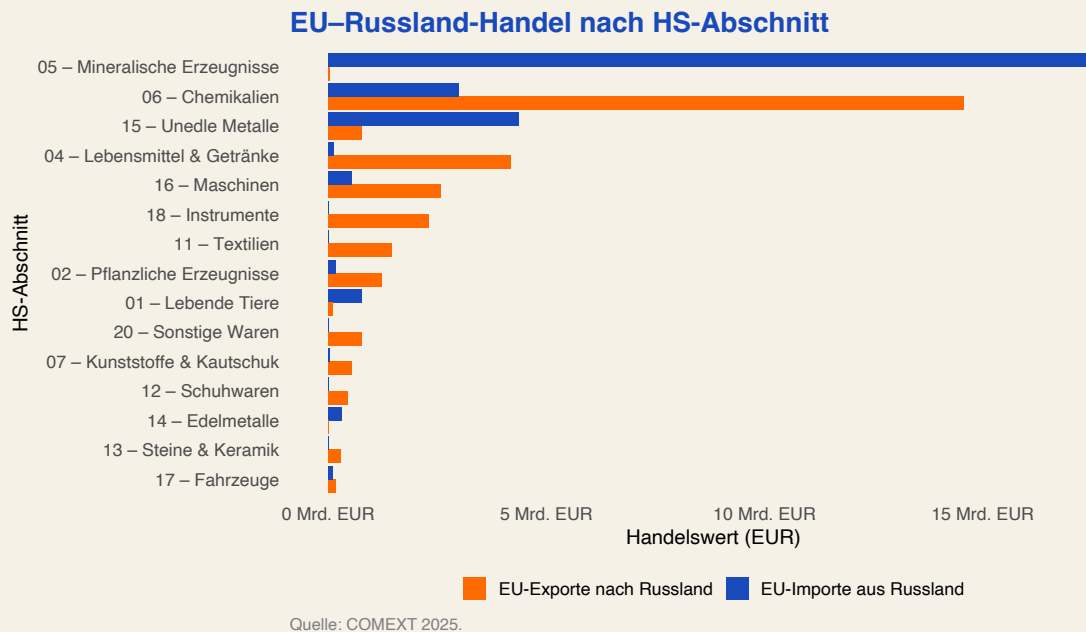


Abbildung 1: EU–Russland-Handel nach HS-Abschnitt (2025). Importe werden von mineralischen Produkten dominiert; Exporte sind über Chemikalien, Nahrungsmittel und Maschinen diversifiziert. Quelle: COMEXT 2025.

Abbildung 1 zeigt die bilaterale Handelsaufschlüsselung nach HS-Abschnitt und veranschaulicht die asymmetrische Warenstruktur: konzentriert auf der Importseite und diversifiziert auf der Exportseite.

Die Zusammensetzung des verbleibenden Handels ist für die Ausgestaltung des Zolls von zentraler Bedeutung. Die Konzentration der Importe auf Energieprodukte bedeutet, dass ein Zoll auf Importe überproportional auf wenige Produktkategorien und Mitgliedstaaten fallen würde. Die Kombination von Importzöllen mit Exportsteuern verteilt die Einnahmebasis gleichmäßiger und erfasst die erheblichen Exportströme, die trotz Sanktionen fortbestehen (Felbermayr et al., 2023).

### 3 Die Auswirkungen im partiellen Gleichgewicht

#### 3.1 Methodik

Wir berechnen die jährlichen Einnahmen aus einem einheitlichen Ad-valorem-Unterstützungszoll, der sowohl auf EU-Importe aus Russland als auch auf EU-Exporte nach Russland erhoben wird. Für einen Zollsatz  $\tau$  und eine Handelselastizität  $\theta$  lautet die partialanalytische Standard-Einnahmenformel:

$$R(\tau, \theta) = \tau \cdot (M + X) \cdot (1 + \tau)^{-\theta} \quad (1)$$

wobei  $M = €27,2$  Mrd. die EU-Importe aus Russland und  $X = €30,0$  Mrd. die EU-Exporte nach Russland bezeichnen, jeweils gemessen in Werten von 2025 (Eurostat, 2025).

Die Handelselastizität  $\theta$  bestimmt, wie stark bilaterale Handelsvolumina auf Preisänderungen reagieren. Ein höherer Wert von  $\theta$  bedeutet, dass sich der Handel schneller und vollständiger

## Ukraine-Unterstützungszoll — Laffer-Kurve

Jährliche Einnahmen aus Zöllen und Exportsteuern auf den EU-Russland-Handel

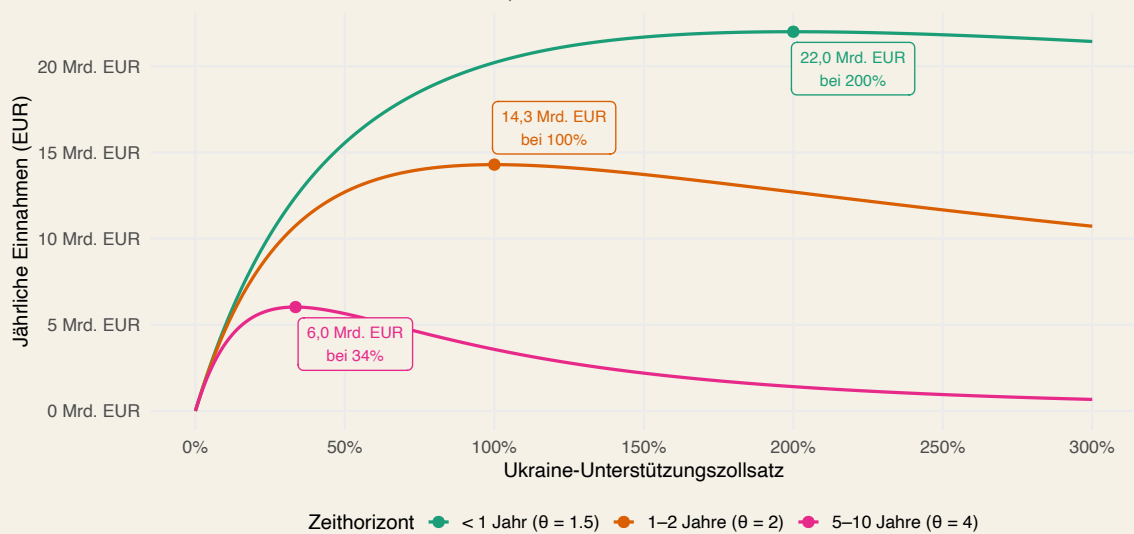


Abbildung 2: Ukraine-Unterstützungszoll — Laffer-Kurven. Jährliche Einnahmen aus Zöllen und Exportsteuern auf den EU–Russland-Handel für drei Handelselastizitäten ( $\theta$ ). Punkte markieren einnahmenmaximierende Sätze. Quelle: COMEXT 2025. Partielles Gleichgewicht.

an eine Zollerhöhung anpasst, was die Bemessungsgrundlage und damit die Einnahmen reduziert. Wie in der Handelsliteratur üblich, betrachten wir eine Bandbreite von Elastizitäten:  $\theta \in \{1,5; 2; 3; 4\}$  (Simonovska and Waugh, 2014; Head and Mayer, 2014; Caliendo and Parro, 2015).

Diese Elastizitäten lassen sich als Anpassungshorizonte interpretieren. Eine niedrige Elastizität ( $\theta = 1,5$ ) entspricht kurzfristigem Handel, der sich langsam anpasst — Unternehmen sind vertraglich gebunden, Lieferketten können nicht sofort umgeleitet werden und Substitutionsmöglichkeiten sind begrenzt. Dies gilt für Horizonte von weniger als einem Jahr. Eine zentrale Elastizität ( $\theta = 2$ ) erfasst die mittelfristige Anpassung über 1–2 Jahre. Höhere Elastizitäten ( $\theta = 4$ ) beschreiben die langfristige Anpassung über 3–10 Jahre, in denen Unternehmen Lieferketten vollständig umstrukturiert und alternative Handelspartner gefunden haben.

### 3.2 Ergebnisse

Abbildung 2 zeigt die Laffer-Kurven für jede Handelselastizität. Die Einnahmen steigen zunächst mit dem Zollsatz, da der mechanische Einnahmengewinn aus höheren Sätzen dominiert, und sinken dann, wenn die Erosion der Bemessungsgrundlage den Satzanstieg überwiegt.

Tabelle 1 gibt die einnahmenmaximierenden Zollsätze und Höchsteinnahmen für jede Elastizität wieder. Dabei fallen mehrere Befunde auf.

**Die Einnahmen sind über die gesamte Elastizitätsbandbreite erheblich.** Selbst im elastischsten Szenario ( $\theta = 4$ , entsprechend langfristiger vollständiger Anpassung) betragen die Höchsteinnahmen €6,0 Mrd. pro Jahr — etwa das Doppelte der derzeitigen Erträge aus den Zin-

Tabelle 1: Einnahmenmaximierende Zollsätze des Ukraine-Unterstützungszolls (partiell Gleichgewicht)

	Handelselastizität $\theta$			
	1,5	2	3	4
Optimaler Zollsatz (%)	200	100	50	33,5
Höchsteinnahmen (€ Mrd.)	22,0	14,3	8,5	6,0
davon Importzoll	10,5	6,8	4,0	2,9
davon Exportsteuer	11,5	7,5	4,4	3,2

*Anmerkungen:* Einnahmen berechnet nach Gleichung (1) unter Verwendung der COMEXT-Handelswerte 2025. Importzolleinnahmen basieren auf  $M = €27,2$  Mrd.; Exportsteuereinnahmen auf  $X = €30,0$  Mrd. Die Laffer-Kurven-Abbildung zeigt drei Elastizitäten zur besseren Darstellung; die Tabelle enthält alle vier. Die Werte sind Brutto-Grenzeinnahmen vor dem Einbehalt der Mitgliedstaaten für Erhebungskosten (25 % nach den Regeln der EU-Eigenmittel), Verwaltungs- und Durchsetzungskosten sowie humanitären Ausnahmen; Nettotransfers an die Ukraine erfordern einen separaten EU-Haushaltsakt.

sen eingefrorener russischer Vermögenswerte. Im am wenigsten elastischen Szenario ( $\theta = 1,5$ ) erreichen die Höchsteinnahmen €22,0 Mrd.

**Moderate Sätze erbringen den Großteil der Einnahmen.** Ein Zollsatz von 30 % erbringt jährlich €6–12 Mrd. (je nach  $\theta$ ). Ein Satz von 50 % erbringt €6–16 Mrd. Das ist typisch für Laffer-Kurven: Die Einnahmen steigen bei niedrigen Sätzen steil an und flachen in der Nähe des Maximums ab, sodass sich der Großteil der potenziellen Einnahmen bereits abschöpfen lässt, ohne die Sätze bis ans theoretische Optimum treiben zu müssen.

**Die zentrale Schätzung ( $\theta = 2$ ) ergibt, dass ein Satz von 100 % die Einnahmen bei €14,3 Mrd. maximiert.** Bei dieser Elastizität schöpft ein Satz von 50 % bereits 89 % der Höchsteinnahmen ab (€12,7 Mrd.), und selbst ein Satz von 30 % erreicht 71 % (€10,2 Mrd.). Bei Sätzen über 50 % sind unter zentralen Annahmen daher nur begrenzte zusätzliche Einnahmen zu erzielen.<sup>7</sup>

Diese partialanalytischen Schätzungen stellen eine Brutto-Obergrenze dar, vor humanitären oder sektoralen Ausnahmen. Die EU-Sanktionspraxis enthält explizite Ausnahmen für Pharmazeutika, medizinische Güter, Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte; ein Ukraine-Unterstützungszoll würde diese in der Praxis respektieren.<sup>8</sup> Ein reiner Importzoll als Rückfallvariante — falls die Exportabgabe rechtlich oder politisch verzögert wird — würde immer noch wesentliche Einnahmen erzielen: Die Importzolleinnahmen allein liegen laut Tabelle 1 je nach  $\theta$  zwischen €2,9 Mrd. ( $\theta = 4$ ) und €10,5 Mrd. ( $\theta = 1,5$ ). Der folgende Abschnitt untersucht, wie allgemeine Gleichgewichtsanpassungen wie Handelsumlenkung, Terms-of-Trade-

<sup>7</sup>Eine Übertragung derselben partialanalytischen Berechnung auf eine hypothetische koordinierte Koalition mit derselben Handelsbasis wie die NATO (EU plus Kanada, Island, Türkei, Vereinigtes Königreich und USA) erhöht die Spitzeneinnahmen bei zentraler Elastizität ( $\theta = 2$ ) von €14,3 Mrd. auf €27,0 Mrd. — etwa Faktor 1,9, getrieben insbesondere vom fortbestehenden Energiehandel der Türkei mit Russland. Eine NATO-Variante ohne die USA ergibt €25,9 Mrd. bei  $\theta = 2$ . Wir berichten die EU-Werte als zentrale Schätzungen; die NATO-Zahlen dienen als Größenordnungsvergleich für den kürzlich gescheiterten 0,25 %-BIP-Vorschlag (Kyiv Post, 2026b).

<sup>8</sup>Die größte einzelne Sensitivität ist die Pharmazie: Eurostat weist für 2025 rund €9,7 Mrd. EU-Pharmaexporte nach Russland aus, also etwa 17 % der kombinierten Bemessungsgrundlage von €57,2 Mrd. (European Commission, 2026). Da die Einnahmen bei festem  $\tau$  linear mit der Basis skalieren, reduziert eine Ausnahme der Pharmaprodukte jede Einnahmehzahl um etwa 17 %.

Effekte und Input-Output-Verflechtungen die zentralen kombinierten Ergebnisse modifizieren.

## 4 Die Auswirkungen im allgemeinen Gleichgewicht

### 4.1 Methodik

Die partialanalytischen Schätzungen in Abschnitt 3 betrachten den EU–Russland-Handel für sich genommen. In der Praxis lösen Zolländerungen allgemeine Gleichgewichtsadjustierungen aus: Änderungen relativer Preise verschieben Angebot und Nachfrage bei sämtlichen Handelspartnern, Input-Output-Verflechtungen übertragen Effekte durch Produktionsnetzwerke, und Handelsumlenkung leitet Ströme über Drittländer um. Um diese Mechanismen zu erfassen, verwenden wir das KITE-Modell (Hinz et al., 2025), ein quantitatives allgemeines Gleichgewichts-Handelsmodell in der Tradition von Caliendo and Parro (2015).

Das KITE-Modell umfasst mehrere Länder und Sektoren mit Vorleistungsverflechtungen, bilateralen Handelskosten und heterogenen Handelselastizitäten zwischen den Sektoren. Es ist auf die OECD Inter-Country Input-Output (ICIO) Tabellen für 2022 kalibriert, aktualisiert mit bilateralen Handelsanteilen 2024/2025 aus COMEXT- und BACI-Daten, um die seit den Sanktionen veränderte Handelsstruktur abzubilden.

Wir simulieren einen symmetrischen Ukraine-Unterstützungszoll — einen Importzoll auf EU-Importe aus Russland kombiniert mit einer Exportsteuer auf EU-Verkäufe nach Russland — über ein Raster von Sätzen von 5 % bis 300 % in feinen Schritten. Jeder Satz wird für drei Zeithorizonte berechnet, umgesetzt über eine Skalierung der Elastizitäten: kurzfristig (KF, ein Viertel der Standardelastizitäten, entsprechend einer Anpassung innerhalb von weniger als einem Jahr), mittelfristig (MF, die Hälfte, 1–2 Jahre) und langfristig (LF, Standardelastizitäten, 5–10 Jahre). Dies ergibt insgesamt 126 Gleichgewichte (42 Szenarien  $\times$  3 Horizonte), die jeweils als vollständige kontrafaktische Simulation der Weltwirtschaft berechnet werden.

### 4.2 Allgemeine Gleichgewichts-Laffer-Kurven

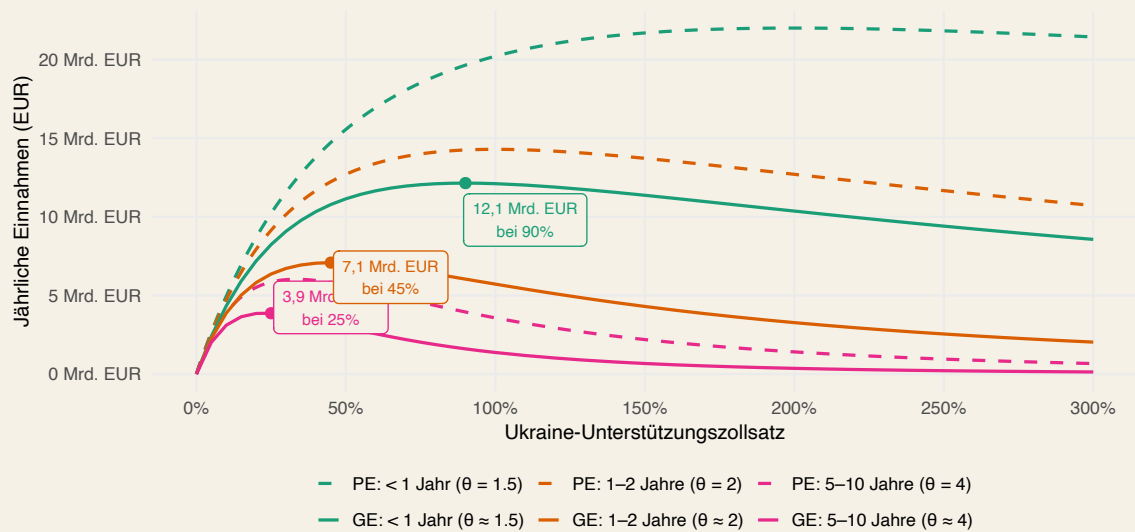
Abbildung 3 vergleicht die Laffer-Kurven des partiellen und allgemeinen Gleichgewichts. Das qualitative Muster ist dasselbe — die Einnahmen steigen bei niedrigen Sätzen steil an und sinken nach dem Optimum — doch die GE-Optima liegen systematisch niedriger.

Tabelle 2 fasst die GE-Kernergebnisse zusammen. Die einnahmenmaximierenden Sätze betragen 90 % (kurzfristig), 45 % (mittelfristig) und 25 % (langfristig), verglichen mit 200 %, 100 % und 33,5 % im partiellen Gleichgewicht. Die niedrigeren GE-Optima erklären sich durch die zusätzlichen Wirkungskanäle, über die der bilaterale Handel erodiert: Unternehmen leiten Handelströme über Drittländer um, Input-Output-Verflechtungen verstärken den effektiven Preisanstieg, und Terms-of-Trade-Anpassungen führen zu Wohlfahrtsverteilung.<sup>9</sup>

<sup>9</sup>Eine Ausweitung des Zolls auf eine hypothetische koordinierte Koalition mit derselben Handelsbasis wie die NATO erhöht die Spitzeneinnahmen im GE von rund €12,1 Mrd. / €7,1 Mrd. / €3,9 Mrd. (KF/MF/LF) auf etwa €19,1 Mrd. / €11,0 Mrd. / €6,0 Mrd. — ein geringerer Anstieg, als das PE-Basisverhältnis von 1,9 vermuten ließe, da im allgemeinen Gleichgewicht die Handelsumlenkung die größere, durch die Türkei getriebene Basis stärker

## Ukraine-Unterstützungszoll — Laffer-Kurven (PE vs. GE)

Vergleich partieller und allgemeiner Gleichgewichts-Einnahmenschätzungen



PE: partielles Gleichgewicht (COMEXT 2025). GE: KITE allgemeines Gleichgewicht (ICIO 2022 mit Handelsanteilen 2024/2025). GE-Wer

Abbildung 3: Ukraine-Unterstützungszoll — Laffer-Kurven im partiellen vs. allgemeinen Gleichgewicht. Gestrichelte Linien: PE (COMEXT 2025). Durchgezogene Linien: GE (KITE-Modell, ICIO 2022 mit Handelsanteilen 2024/2025; Werte umgerechnet von USD zu 1 EUR = 1,08 USD). Punkte markieren GE-einnahmenmaximierende Sätze.

Tabelle 2: Kernergebnisse im allgemeinen Gleichgewicht: Ukraine-Unterstützungszoll

	Zeithorizont		
	KF (<math>< 1</math> J.)	MF (1–2 J.)	LF (5–10 J.)
Optimaler Zollsatz (%)	90	45	25
Höchstereinnahmen (€ Mrd.)	12,1	7,1	3,9
davon Importzoll	5,3	3,0	1,6
davon Exportsteuer	6,8	4,1	2,2
Einnahmen bei 30 % (€ Mrd.)	9,1	6,7	3,8
Einnahmen bei 50 % (€ Mrd.)	11,1	7,1	3,0
Einnahmen bei 300 % (€ Mrd.)	8,6	2,0	0,1

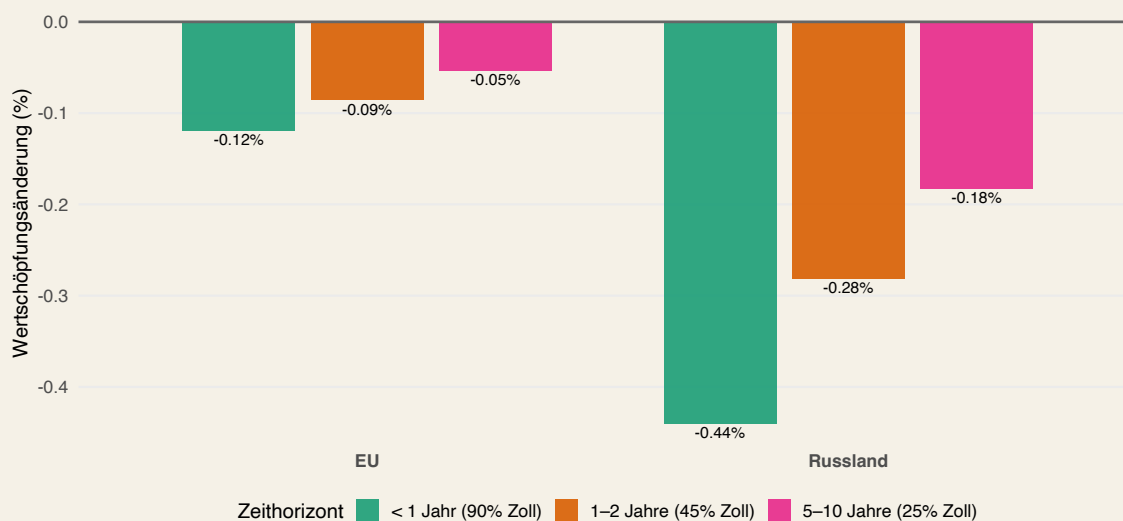
Anmerkungen: KF = kurzfristig (1/4 Standardelastizität); MF = mittelfristig (1/2 Elastizität); LF = langfristig (Standardelastizität). Einnahmen in Mrd. Euro; KITE-Modellwerte umgerechnet von USD zu 1 EUR = 1,08 USD. Die Werte sind Brutto-Grenzeinnahmen vor Einbehalt der Mitgliedstaaten für Erhebungskosten, Verwaltungs- und Durchsetzungskosten sowie humanitären Ausnahmen; Nettotransfers an die Ukraine erfordern einen separaten EU-Haushaltsakt. Quelle: KITE-Modell, ICIO 2022 mit Handelsanteilen 2024/2025 aus COMEXT und BACI.

Bei moderaten Sätzen konvergieren PE- und GE-Schätzungen: Ein Zollsatz von 30 % erbringt €4–9 Mrd. im GE gegenüber €6–12 Mrd. im PE; ein Zollsatz von 50 % erbringt €3–11 Mrd. (GE) gegenüber €6–16 Mrd. (PE). Diese Konvergenz bei moderaten Sätzen ist ein stabiles Ergebnis:

erodiert. Eine NATO-Variante ohne die USA erreicht nahezu denselben Wert (€18,6 Mrd. / €10,8 Mrd. / €5,9 Mrd.). Wir berichten die EU-Werte als zentrale Schätzungen, da die EU über die unmittelbare Rechtskompetenz verfügt; die NATO-Zahlen dienen als Größenordnungsvergleich für den blockierten 0,25 %-BIP-Vorschlag (Kyiv Post, 2026b).

## Reale Wertschöpfung bei einnahmenmaximierenden Zollsätzen

Prozentuale Veränderung gegenüber Basisszenario



Quelle: Allgemeines Gleichgewicht (KITE-Modell), ICIO 2022 mit Handelsanteilen 2024/2025 aus COMEXT und BACI.

Abbildung 4: Veränderungen der realen Wertschöpfung bei einnahmenmaximierenden Zollsätzen des Ukraine-Unterstützungszolls. Quelle: KITE-Modellsimulationen, ICIO 2022 mit Handelsanteilen 2024/2025.

Die zusätzlichen GE-Kanäle — Handelsumlenkung, I-O-Verflechtungen, Terms-of-Trade-Effekte — haben begrenzte Möglichkeiten, die Bemessungsgrundlage zu erodieren, wenn der Zoll nicht zu weit von seinem Optimum entfernt ist. Die wirtschaftspolitische Empfehlung eines Satzes von 30–50 % wird daher von beiden Methoden gestützt.

Der Kontrast zu extremen Sätzen ist drastisch. Bei 300 % brechen die langfristigen GE-Einnahmen auf nur €0,1 Mrd. ein — kaum 3 % des langfristigen Optimums von €3,9 Mrd. Dieses Ergebnis ist von unmittelbarer wirtschaftspolitischer Relevanz: Vorschläge für 500 %-Zölle auf russische Güter würden die Einnahmen nicht nur unter das Optimum drücken, sondern praktisch eliminieren und die Bemessungsgrundlage zerstören — während zugleich das wirtschaftliche Druckmittel preisgegeben würde, das der verbleibende Handel darstellt.

### 4.3 Asymmetrische makroökonomische Auswirkungen

Ein zentraler Vorteil des allgemeinen Gleichgewichtsrahmens ist, dass er die makroökonomischen Kosten für jede Partei quantifiziert. Abbildung 4 zeigt die Veränderungen der realen Wertschöpfung beim einnahmenmaximierenden Zollsatz für jeden Zeithorizont. Die Kostenasymmetrie fällt deutlich aus: Russlands reale Wertschöpfung sinkt je nach Zeithorizont um 0,18 % bis 0,44 %, während die EU nur Kosten von 0,05 % bis 0,12 % trägt — ein Verhältnis von etwa 3:1 bis 4:1. Diese Asymmetrie ist die ökonomische Grundlage für die Tragfähigkeit des Zolls als dauerhaftes Druckinstrument: Die EU kann ihn auf Dauer aufrechterhalten, ohne sich dabei nennenswert selbst zu schaden, während Russland um ein Vielfaches höhere Kosten trägt. Ein abgestufter Zoll — erhöht zur Druckverstärkung, gesenkt im Rahmen einer Verhandlungslösung — nutzt diese Asymmetrie optimal aus.

## Handelsumlenkung — < 1 Jahr (90% Zoll)

Prozentuale Veränderung bilateraler Handelsströme

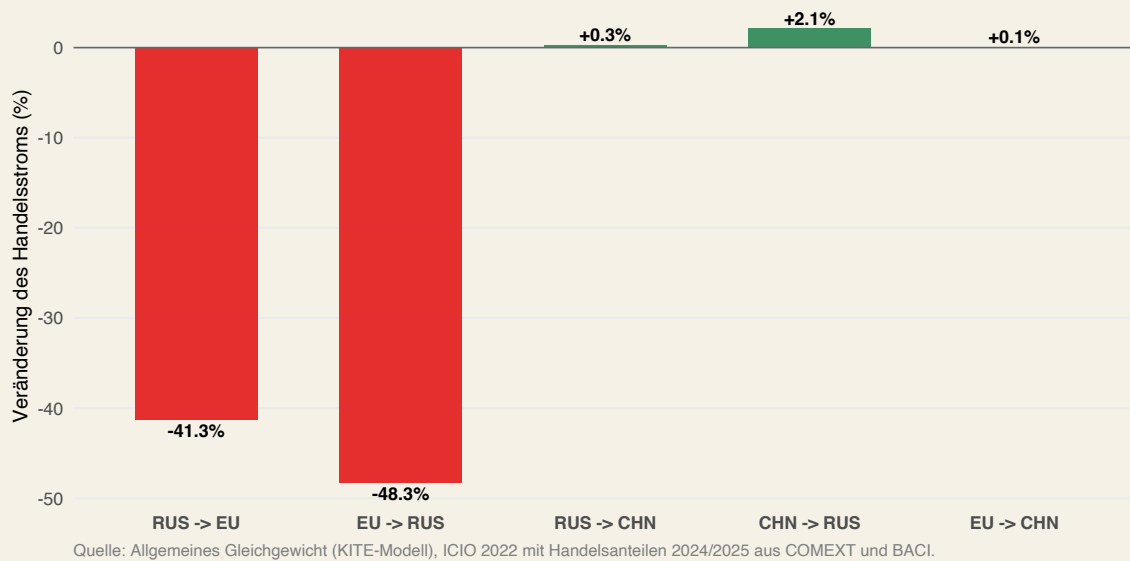


Abbildung 5: Handelsumlenkung beim kurzfristigen optimalen Zollsatz (90%). Der bilaterale EU–Russland-Handel schrumpft deutlich; Umlenkung über Drittländer nach China bleibt begrenzt. Quelle: KITE-Modellsimulationen.

Ein naheliegender Einwand gegen einseitige Zölle ist, dass Handel einfach über Drittländer, insbesondere China, umgeleitet werden könnte. Das KITE-Modell erfasst diese Umlenkungseffekte endogen. Abbildung 5 zeigt die Ergebnisse beim kurzfristigen optimalen Satz (90%): Der bilaterale EU–Russland-Handel geht erheblich zurück, während die Handelsumlenkung nach China zwar vorhanden, aber begrenzt ist. Der Zoll entfaltet somit tatsächlich wirtschaftlichen Druck, statt lediglich Handelsströme umzuleiten.

## 5 Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

**Ein flexibles Druckinstrument.** Die asymmetrische Kostenstruktur — Russlands Wertschöpfung sinkt 3- bis 4-mal stärker als die der EU — macht den Ukraine-Unterstützungszoll als dauerhaftes Druckinstrument tragfähig. Europa kann ihn auf Dauer aufrechterhalten, ohne sich dabei nennenswert selbst zu schaden, während Russland bedeutende Kosten trägt. Europa erhält damit ein flexibel einsetzbares Instrument: Der Zollsatz lässt sich erhöhen, um den Druck zu verstärken, oder senken als Teil eines Verhandlungspakets. Der Zoll fungiert somit nicht bloß als Einnahmemechanismus, sondern als gezieltes Druckmittel in der europäischen Gesamtstrategie.

**Eine nachhaltige Finanzierungsquelle für Verteidigung und Wiederaufbau der Ukraine.** Jährliche Brutto-Einnahmen von €6–16 Mrd. (PE) oder €3–11 Mrd. (GE) — selbst bei moderaten Zollsätzen von 30–50% — wären eine bedeutende und dauerhafte Finanzierungsquelle für die Ukraine. Diese Mittel müssen nicht auf den Wiederaufbau beschränkt bleiben, sondern könnten auch für Militärhilfe, humanitäre Maßnahmen und allgemeine Finanzhilfen eingesetzt werden. Zur Einordnung: Die europäischen Zusagen an die Ukraine beliefen sich 2022–2025

auf durchschnittlich rund €70 Mrd. pro Jahr, etwa gleichmäßig aufgeteilt zwischen Militär- und Finanz-/Humanitärhilfe (Trebesch and Nishikawa, 2026). Ein Ukraine-Unterstützungszoll bei moderaten Sätzen würde die europäische Handlungsfähigkeit bei der Ukraine-Unterstützung *erheblich stärken*. Zum Vergleich: Die außerordentlichen Erträge aus rund €210 Mrd. immobilisierter russischer Staatsvermögen werden auf etwa €2,5–3 Mrd. pro Jahr geschätzt und sind derzeit weitgehend für die Rückzahlung der G7-/EU-ERA-Kredite zweckgebunden, ein kleinerer Anteil fließt in die Europäische Friedensfazilität (European Commission, 2024). Der Zoll würde einen separaten Brutto-Einnahmenstrom hinzufügen, vorbehaltlich einer EU-Haushaltszuweisung. Im Vergleich zum kürzlich blockierten NATO-Vorschlag von 0,25 % des BIP (in der Summe rund 143 Mrd. US-Dollar) ist der Zoll absolut deutlich kleiner, hat aber den entscheidenden Vorteil, dass er keine neuen nationalen Haushaltsbeiträge bei der Erhebung erfordert — und er wirkt zusätzlich zu den laufenden EU-Sanktionen (zuletzt das 20. Paket vom 23. April 2026, Council of the European Union, 2026; ein 21. Paket ist laut Berichten in Vorbereitung, Kyiv Post, 2026a), nicht an ihrer Stelle.

**Maßvolle Sätze maximieren Einnahmen; extreme Sätze sind kontraproduktiv.** Die Laffer-Kurven-Analyse — sowohl im PE als auch im GE — zeigt, dass die Einnahmen bei niedrigen Sätzen steil ansteigen und weit vor dem theoretischen Optimum abflachen. Ein Satz von 30–50 % schöpft den Großteil der potenziellen Einnahmen ab und ist auch dann tragfähig, wenn die Anpassungsgeschwindigkeit des Handels unsicher ist. Extreme Vorschläge wie der 500-%-Sekundärzoll, der im US-Senat auf Importe aus Ländern vorgeschlagen wurde, die weiterhin russisches Öl, Gas oder Uran kaufen (Associated Press, 2025), würden die Bemessungsgrundlage zerstören und Europas verbleibendes wirtschaftliches Druckmittel gegenüber Russland eliminieren. Bei 300 % betragen die langfristigen GE-Einnahmen nur €0,1 Mrd.; bei 500 % wären sie praktisch null. Das Ziel sollte die Maximierung von Einnahmen und nachhaltigem Druck sein, nicht symbolische Härte auf Kosten der ökonomischen Wirksamkeit.

**Die Kombination von Importzöllen mit Exportsteuern verbreitert die Basis.** Sämtliche in dieser Analyse ausgewiesenen Einnahmen umfassen sowohl Importzölle als auch Exportsteuern. Die EU-Exporte nach Russland (€30,0 Mrd.) übersteigen die Importe (€27,2 Mrd.) im Jahr 2025 leicht. Die Anwendung des Zolls auf beide Handelsrichtungen verdoppelt die Einnahmenbasis gegenüber einem reinen Importzoll annähernd und verteilt die Last gleichmäßiger über Mitgliedstaaten und Sektoren. Sie verstärkt zudem das strategische Signal: Handelsbeziehungen mit Russland haben in beide Richtungen ihren Preis.

**Institutioneller Weg.** Die Importseite ist institutionell einfacher umzusetzen: Die EU hat die ausschließliche Kompetenz in der Gemeinsamen Handelspolitik, jüngste russlandspezifische Importzollerhöhungen zeigen, dass gezielte Zollerhöhungen über das EU-Handelsrecht machbar sind, und die Umsetzung könnte auf dem Gemeinsamen Zolltarif, TARIC und der bestehenden Zollerhebung durch die Mitgliedstaaten aufbauen. Der Importzoll-Kern könnte daher zuerst eingeführt werden und auch für sich genommen nennenswerte Einnahmen erbringen; die Exportabgabe verdoppelt die Bemessungsgrundlage in etwa, erfordert aber eine eigenständige Rechtsausgestaltung und strengere Anti-Umgehungs-Regeln. Die Exportseite ist rechtlich anspruchsvoll-

ler: Das EU-Exportrecht geht vom Grundsatz der Exportfreiheit aus und sieht lediglich spezifische Beschränkungen, Schutzklauseln und Genehmigungspflichten vor, sodass eine Ad-valorem-Exportabgabe auf Verkäufe nach Russland wahrscheinlich eine eigenständige Rechtsgrundlage oder neuartige Ausgestaltung erfordern würde. Da Zölle zu den „traditionellen Eigenmitteln“ der EU gehören, würde die Zuweisung der Erlöse an eine zweckgebundene Ukraine-Fazilität einen gesonderten haushaltspolitischen Zuweisungsmechanismus erfordern und nicht automatisch aus der Handelsmaßnahme selbst folgen. Die Umsetzung sollte mit Anti-Umgehungs-Maßnahmen flankiert werden — Endverbleibskontrollen, „No-Russia“-Reexportklauseln, Prüfung von Verrechnungspreisen verbundener Unternehmen sowie Koordination mit der Sanktionsdurchsetzung gegenüber Drittstaaten-Intermediären in China, den VAE, der Türkei, Kasachstan und anderswo, im Einklang mit der Drittstaatenverschärfung im 20. Sanktionspaket (Council of the European Union, 2026). Der Vorschlag ergänzt daher die Sanktionen, anstatt sie zu ersetzen: Sein Importkern lässt sich möglicherweise leichter über das EU-Handelsrecht als über den GASP-Sanktionsweg verfolgen, während die Ausweitung auf die Exportseite einen eigenen Rechtsweg erfordern würde.

**Die Zollinzidenz ist kein überzeugendes Gegenargument.** Ein naheliegender Einwand ist, dass die Last eines Ukraine-Unterstützungszolls auf EU-Unternehmen und -Verbraucher fallen würde und nicht auf Russland. Erkenntnisse aus der US-Zollpolitik bestätigen, dass die Zollinzidenz überwiegend auf der Importseite liegt: Hinz et al. (2026) stellen fest, dass 96 % der Kosten der US-Zölle von amerikanischen Importeuren getragen werden. Im Falle eines Ukraine-Unterstützungszolls verliert dieses Standard-Inzidenzargument jedoch weitgehend an Kraft. Vier Jahre sind seit der anfänglichen Erschütterung von 2022 vergangen. EU-Unternehmen hatten reichlich Zeit, Lieferketten umzustrukturieren; diejenigen, die 2026 weiterhin mit Russland handeln, haben eine bewusste geschäftliche Entscheidung getroffen. Der Zoll legt die Kosten dieser Entscheidung offen. Zudem zielt der Zoll, anders als US-Zölle auf verbündete oder neutrale Handelspartner, auf den Handel mit einem Aggressorstaat; die Einnahmen finanzieren die Verteidigung und den Wiederaufbau des Opfers.

**Verteilungspolitische Überlegungen.** Die Last eines Ukraine-Unterstützungszolls würde ungleichmäßig über die Mitgliedstaaten verteilt, je nach deren Handelsverflechtungen mit Russland. Länder mit verbleibenden Energieimportabhängigkeiten von Russland (insbesondere Österreich, Ungarn und einige mitteleuropäische Staaten) würden einen größeren Anteil der Importzolllast tragen. Die Exportsteuerlast würde breiter verteilt sein und primär auf Exporteure von Maschinen, Chemikalien und Agrarprodukten entfallen. Umverteilungsmechanismen innerhalb des EU-Haushalts oder Ausgleichszahlungen könnten notwendig sein, um breitere politische Unterstützung zu gewinnen.

## 6 Fazit

Die verbleibenden €57,2 Mrd. im EU–Russland-Handel sind eine potenzielle Einnahmequelle für die Unterstützung der Ukraine und ein Druckmittel, das Europa nicht länger ungenutzt lassen sollte. Ein Unterstützungszoll für die Ukraine bietet ein realistisches und politisch umsetzbares

Instrument zur Finanzierung der europäischen Unterstützung für die Ukraine aus Einnahmen, die sich aus den fortbestehenden Handelsbeziehungen mit dem Aggressor ergeben. Das Einnahmepotenzial ist erheblich, die makroökonomischen Kosten für Europa sind minimal, und die Maßnahme bringt die fiskalischen Interessen der EU mit ihren strategischen Zielen in Einklang.

Die vorliegende Analyse hat das Einnahmepotenzial eines Ukraine-Unterstützungszolls — Zölle und Exportsteuern auf den verbleibenden EU–Russland-Handel — mit zwei komplementären Ansätzen quantifiziert. Unsere partialanalytische Untersuchung zeigt, dass bei moderaten Zollsätzen von 30–50 % jährliche Einnahmen von €6–16 Mrd. erzielbar sind, mit Höchsteinnahmen von €6–22 Mrd. je nach Anpassungsgeschwindigkeit des Handels. Unsere allgemeine Gleichgewichtsanalyse mit dem KITE-Modell bestätigt diese Ergebnisse: Bei denselben moderaten Sätzen ergeben sich GE-Einnahmen von €3–11 Mrd., mit Höchsteinnahmen von €4–12 Mrd. Diese Größenordnungen sind wirtschaftlich bedeutsam — sie übersteigen die rund €2,5–3 Mrd. pro Jahr an außerordentlichen Erträgen aus immobilisierten russischen Staatsvermögen (die weitgehend für die Rückzahlung der ERA-Kredite zweckgebunden sind, European Commission, 2024) und stärken die europäische Handlungsfähigkeit bei der Ukraine-Unterstützung spürbar über die bestehenden Zusagen hinaus, die sich auf durchschnittlich rund €70 Mrd. pro Jahr belaufen (Trebesch and Nishikawa, 2026).

Aus der Analyse ergibt sich ein zentraler Befund: Selbst wenn sich der Handel erheblich an den Zoll anpasst, können während der Übergangsphase bedeutende Einnahmen erzielt werden. Kurzfristig, wenn Lieferketten starr sind und Substitutionsmöglichkeiten begrenzt, sind die Einnahmen besonders hoch. Im Zeitverlauf, wenn der Handel umgeleitet wird und die Volumina sinken, gehen die Einnahmen zurück, doch zugleich wird das strategische Ziel erreicht: die wirtschaftlichen Verbindungen mit Russland zu verringern. Die Einnahmen sind daher als mehrjähriger Übergangstrom zu verstehen: Wenn die Maßnahme greift und der REPowerEU-Ausstieg aus russischer Energie planmäßig voranschreitet — der Anteil russischen Gases an den EU-Gasimporten ist bereits von 45 % auf 12 % gefallen, russisches Öl auf rund 2 %, und die verbleibenden Importe sollen den EU-Markt binnen rund zweier Jahre verlassen (European Commission, 2025) — wird die Importbasis schrumpfen. Das ist kein Versagen des Instruments: Es tauscht fiskalische Einnahmen gegen ein beschleunigtes ökonomisches Decoupling. Der Zoll erfüllt damit seinen fiskalischen wie seinen politischen Zweck — in jeder Phase der Anpassung.

## Literatur

Associated Press (2025). Us senators pushing bipartisan bill on new Russia sanctions brief european allies and Ukraine. News article. Associated Press, June 3, 2025.

Caliendo, L. and Parro, F. (2015). Estimates of the trade and welfare effects of NAFTA. *The Review of Economic Studies*, 82(1):1–44.

Council of the European Union (2026). Russia's war of aggression against Ukraine: 20th round

- of stern EU sanctions hits energy, military industrial complex, trade and financial services, including crypto. Press release, 23 April 2026.
- European Commission (2024). Commission welcomes council decision to use proceeds from immobilised Russian assets for Ukraine. DG NEAR press release, 22 May 2024.
- European Commission (2025). REPowerEU: Phasing out Russian energy imports. DG Energy.
- European Commission (2026). EU trade relationships by country and region: Russia. DG Trade country page.
- Eurostat (2025). COMEXT – eurostat reference database for international trade in goods. Technical report.
- Felbermayr, G., Mahlkow, H., and Sandkamp, A. (2023). Cutting through the value chain: The long-run effects of decoupling the east from the west. *Empirica*, 50(1):75–108.
- Head, K. and Mayer, T. (2014). Gravity equations: Workhorse, toolkit, and cookbook. *Handbook of International Economics*, 4:131–195.
- Hinz, J., Lohmann, A., Mahlkow, H., and Vorwig, A. (2026). America’s own goal: Who pays the tariffs? Kiel Policy Brief 201, Kiel Institute for the World Economy.
- Hinz, J., Mahlkow, H., and Wanner, J. (2025). The KITE model suite: A quantitative framework for international trade analysis. *KITE White Paper*.
- Kyiv Post (2026a). EU prepares 21st Russia sanctions package, targeting oil revenues and shadow fleet. Kyiv Post.
- Kyiv Post (2026b). Major NATO states reportedly block Rutte plan to boost Ukraine military aid. Kyiv Post.
- Simonovska, I. and Waugh, M. E. (2014). The elasticity of trade: Estimates and evidence. *Journal of international Economics*, 92(1):34–50.
- Trebesch, C. and Nishikawa, T. (2026). Europe Steps Up: Ukraine Support After Four Years of War. Kiel Policy Brief, Kiel Institute for the World Economy.

# Impressum

**Kiel Institut für Weltwirtschaft**

**Standort Kiel**

Kiellinie 66, 24105 Kiel

Telefon + 49 431 8814-1

[info@kielinstitut.de](mailto:info@kielinstitut.de)

**Standort Berlin**

Chausseestraße 111, 10115 Berlin

Telefon +49 30 30830637-5

[berlin@kielinstitut.de](mailto:berlin@kielinstitut.de)

Das **Kiel Institut für Weltwirtschaft – Leibniz Zentrum zur Erforschung globaler ökonomischer Herausforderungen** ist eine rechtlich selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts des Landes Schleswig-Holstein.

Das Institut wird vertreten durch den **Vorstand:**

Prof. Dr. Moritz Schularick, Präsident,  
Geschäftsführender Wissenschaftlicher  
Direktor

Michael Doberschütz,  
Geschäftsführender Administrativer  
Direktor (m.d.W.d.G.b.)

Prof. Dr. Christoph Trebesch,  
Vize Präsident

**Zuständige Aufsichtsbehörde**  
Ministerium für Allgemeine und  
Berufliche Bildung, Wissenschaft,  
Forschung und Kultur des Landes  
Schleswig-Holstein  
Jensendamm 5, 24103 Kiel

**Umsatzsteuer ID**

DE 251899169

© 2026 Kiel Institut für Weltwirtschaft.  
Alle Rechte reserviert.

[Kielinstitut.de/publikationen](https://kielinstitut.de/publikationen)

